



## NEWSLETTER

### In dieser Ausgabe:

Nach 30 Jahren im Bundestag - Schmidt hält letzte Rede als Abgeordneter	2
Klimaschutzgesetz: Wir verbinden Ambition und Anreize!	3
Wir bekämpfen Hass im Netz!	
Kein deutscher Pass bei importiertem Antisemitismus	
Späteres Renteneintrittsalter lehnen wir ab!	4
Recht auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler kommt	
Neue Förderrichtlinie des Bundes „Mehr Luftfilter für Kitas und Grundschulen“	
Erfolge der Unionsfraktion	5
Parlamentarisches Patenschaftsprogramm Jetzt bewerben!	
EU-Projekttag am Steller-Gymnasium Bad Windsheim	6
Fertigstellungsfrist für KITA-Einrichtungen verlängert	
„Bahn-Haltepunkt Fürth-Klinikum soll bis Mitte 2022 in Betrieb gehen“	7
Bahn-Haltepunkt Langenfeld	
Live-Videoschalte mit Henry Kissinger - Symposium aus Anlass seines 98. Geburtstags	

### Liebe Leserinnen und Leser,



in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause haben die Ausschüsse und Arbeitsgruppen bis zuletzt um Lösungen in wichtigen Fragen gerungen. Mittendrin die CDU/CSU-Bundestagsfraktion - ein Hort der Stabilität und gleichzeitig immer wieder entscheidender Impulsgeber.

Den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler erfüllen wir mit hohem Engagement und großer innerer Geschlossenheit. Und wir wollen unsere erfolgreiche Politik für die Mitte der Gesellschaft auch nach dem Wahltag fortsetzen. Wichtige Projekte wie etwa die Modernisierung unseres Staatswesens werden in ihrer Umsetzung weit in die

kommende Legislaturperiode reichen.

Für mich war der 24. Juni ein sehr emotionaler Tag. Nach über 30 Jahren im Deutschen Bundestag habe ich im Rahmen der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu Europa meine letzte Rede als Abgeordneter gehalten. Warum letzte Rede?

Nun, ich habe mich, schweren Herzens, dazu entschieden, meine Kandidatur für den 20. Deutschen Bundestag als Wahlkreisbewerber der CSU im Bundeswahlkreis 243 zurückzugeben. Die Gründe: Vor Kurzem wurde ich von den internationalen Staaten, die im Friedensimplementierungsrat für Bosnien-Herzegowina zusammengeschlossen sind, als Hoher Repräsentant des Daytoner Friedensabkommens von 1995 berufen. Am 1. August werde ich dieses Amt antreten. Das ist für Deutschland und für mich persönlich eine hohe Ehre, aber mehr als erwartet, auch sehr anspruchsvoll.

Den „Staffelstab des Wahlkreisabgeordneten“ habe ich nun an meinen Nachfolger Tobias Winkler übergeben. Ich wünsche ihm viel Erfolg und hoffe, dass ihm die Wählerinnen und Wähler das Vertrauen aussprechen. Ich weiß unseren Wahlkreis bei ihm in den besten Händen!

Vergelt's Gott!

Ihr

Christian Schmidt MdB  
Bundesminister a.D.





Ausgabe 6 / 2021

## Nach über 30 Jahren im Bundestag - Christian Schmidt MdB hält letzte Rede als Abgeordneter



Nach über 30 Jahren im Deutschen Bundestag hat Christian Schmidt am 24. Juni seine letzte Rede als Abgeordneter gehalten. „Die CSU im Bundestag hatte mich gebeten, im Rahmen der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu Europa zu sprechen“, berichtete Schmidt. „Ich habe mich in den Tagen - und auch Nächten - davor vorbereitet und habe mit engen Mitarbeitern viel gesprochen. Vieles, was ich noch zu sagen gehabt hätte, passte in die 6-7 Minuten, die mir zur Verfügung standen, leider nicht hinein, zumal ich ja einer der „seltenen Fälle“ bin, dass auf mich eine weitere wichtige politische „Anschlussaufgabe“ wartet“, so Schmidt. „Die Zahl der Reden über mehr als 30 Jahre könnte sicherlich ermittelt werden. Überschlagsmäßig würde ich sagen ca. 500 Reden; die ersten waren Bonn-Berlin und deutsch-polnischer Freundschafts- und Grenzvertrag.“

### Ein Auszug aus der Rede:

„...mein Europa ist ein Europa mit Grenzen, die nicht trennen. Mein Europa ist ein Europa vieler. Vieler Menschen. Vieler Länder. Mein Europa steht für Vielfalt, für Frieden, für Demokratie...“

Helmut Kohl hat mit Blick auf die europäische und deutsche Geschichte immer gemahnt: „Vergesst die Kleinen nicht!“ In gewisser Weise ist das die Doktrin unserer Außen- und Europapolitik. Wir pflegen auch und gerade mit den Staaten enge Beziehungen, die nicht im Konzert der Großen mitspielen. Meine Zukunft in Europa spielt sich in diesem Sinne keine zwei Flugstunden von hier ab. Keine 1500 Kilometer von hier leben Menschen in einem wunderschönen Teil Europas, die davon träumen, dazu zu gehören. Zu Frieden und guten Lebenschancen. Zu Europa. Zu uns.

Am 1. August trete ich in Sarajewo das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina an. Ich danke der Bundeskanzlerin und der gesamten Bundesregierung für diese im Kontext der verstärkten Befassung mit der Situation der Länder im Westbalkan entstandenen Initiative und der Internationalen Gemeinschaft für die Übertragung dieser spannenden und herausfordernden Aufgabe.

Ich tue das mit dem festen Willen, durch klugen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel aus den Friedensvereinbarungen von Dayton einen entscheidenden Beitrag dahingehend zu leisten, dass die Narben in der Region nicht wieder aufbrechen. Dazu ist dieses immer noch nötige Amt auch mit seinen exekutiven Möglichkeiten da.

Es gewährleistet neben der Unterstützung des Landes auf dem Weg in die EU auch die politische Präsenz der Weltgemeinschaft zuvorderst für die Sicherstellung der territorialen Integri-

tät Bosnien-Herzegowinas...Der Genozid von Srebrenica und andere monströse Kriegsverbrechen müssen im kollektiven Bewusstsein von uns allen, von uns Europäern als Mahnung gegenwärtig bleiben. Nicht nur wegen dieser schlimmen Erfahrungen dürfen wir den Westbalkan, diese Schlüsselregion Europas, unseren südöstlichen Campus der Vielfältigkeit, nicht vergessen und müssen den Blick zu uns vernünftig aufnehmen.

Schließlich sind diese Länder ein originärer Teil Europas. Daraus entsteht für uns die Verpflichtung zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit und konstruktiver Begleitung vor allem der Länder, die noch nicht Teil der EU sind.

Der Weg dorthin ist aber so fordernd und bringt auch viele Verpflichtungen für diese Länder und ihre Gesellschaften mit sich, dass wir gut daran tun, in Sichtweite liegende Zwischenstationen zu markieren. Zwischenstationen, damit für die Bürgerinnen und Bürger Vorteile und Nutzen der EU nicht nur ein utopisches Konstrukt scheinen, sondern erfahrbar werden; Realität werden können.

Europa darf nicht stehen bleiben. Europa muss sich weiter entwickeln und muss Wege suchen, die konkrete Antworten verlangen, die erreichbar und verlässlich sind. Ich bin der festen Überzeugung, dass die EU nur dann eine Zukunft hat, wenn wir die Gemeinsamkeiten stärken.

Auf dem Balkan waren wir - waren die EU und die USA - noch vor wenigen Jahren militärisch gefordert. Lassen Sie uns gemeinsam alles daran setzen, dass wir dort und anderswo in Europa in Zukunft nur friedlich gefordert sind. Denn das einzige Konzept für ein Leben in Wohlstand und Frieden ist die Demokratie. Davon bin ich fest überzeugt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,...Vor 31 Jahren, am 20. Dezember 1990, saß ich das erste Mal in diesem Hohen Haus; ein Jahr nach der Wende, in einer anderen Zeit. Helmut Kohl war Bundeskanzler, der Kanzler der Einheit, der Kanzler Europas. Hans-Dietrich Genscher sein Außenminister. Theo Waigel war mein Parteivorsitzender. Und Willy Brandt war noch Alterspräsident.

31 Jahre ist das her. Damals wurde deutsche Geschichte geschrieben. Die deutsche Einheit, für die ich 1981 noch vor diesem Haus mit meinen Freunden der Jungen Union demonstriert hatte, war friedlich erreicht, der 2 plus 4 Vertrag gerade auf den Weg gebracht und die Zukunft Deutschlands von anderen mitgetragen. Ohne diese vier anderen Länder und ihre Einigkeit, wären wir heute nicht da, wo wir stehen.

Ich bin dankbar. Für diese Zeit. Für unsere Demokratie. .... Viele von Ihnen werde ich wieder sehen in meiner neuen Aufgabe, ob in Brüssel, Berlin oder Sarajevo. Ich freue mich darauf. Vielen Dank!

Hier finden Sie die Rede: [www.christian-schmidt.de](http://www.christian-schmidt.de) oder als Video unter <https://dbtg.tv/cvid/7530600>





## Klimaschutzgesetz: Wir verbinden Ambition und Anreize!

Mit dem Klimaschutzgesetz und dem Maßnahmenpaket, das der Bundestag letzte Woche beschlossen hat, verbinden wir Ambition und Anreize!

Wir setzen klare Ambition in den Zielen: Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes werden höhere nationale Klimaschutzziele für die Jahre 2030 (- 65 Prozent) und 2040 (-88 Prozent) festgelegt. Zudem wird das Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 festgeschrieben. Für die Zeit nach 2050 sollen Emissionen unter Null angestrebt werden.

Mit dem Maßnahmenpaket, das gemeinsam mit dem Klimaschutzgesetz verabschiedet worden ist, setzen wir starke Anreize in allen Bereichen. In den vergangenen zwei Jahren haben wir im Rahmen von Klimaschutz- und Konjunkturprogramm bereits mehr als 80 Milliarden Euro für Klimaschutzinvestitionen bereitgestellt.

- Mit unserem Sofortprogramm in Höhe von rund acht Milliarden Euro legen wir jetzt noch einmal wuchtig nach.
- Wir starten so eine breite Bewegung für den Klimaschutz in allen Ressorts und geben das Signal: Deutschland rüstet um!
- Wir fördern grünen Wasserstoff im Verkehr.
- Wir fördern grünen Stahl in der Industrie.
- Wir fördern die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden.
- Wir fördern den Einsatz von Wasserstoff beim Fliegen.
- Wir fördern die Umrüstung auf grüne Antriebstechnologien bei der Schifffahrt.

## Wir bekämpfen Hass im Netz !

Der Bundestag hat schärfere Gesetze gegen Hass im Netz und zum Schutz von Frauen und Kindern verabschiedet. Damit verbessern wir an entscheidenden Punkten im Strafrecht nach, schließen Strafbarkeitslücken, machen die effektive Verfolgung von Straftaten einfacher und dehnen die Strafbarkeit in den digitalen Raum aus.

### Im Einzelnen:



© Alexander Hauk  
/ pixelio.de

Wir wollen unsere Bürger besser vor einer Atmosphäre der Angst im Internet schützen. Die Einführung der Strafbarkeit der Verbreitung von Feindeslisten im Netz ist dafür ein wichtiges Signal! Damit verteidigen wir unsere freiheitliche Demokratie besser gegen Hetze, Rassismus und extremistische Netzwerke. Nachdrücklich hat die CSU im Bundestag einen neuen Straftatbestand für die Erstellung von Feindeslisten gefordert und sich zugleich für das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität im Netz stark gemacht.

Unser Rechtsstaat ist wehrhaft und wachsam. Wir schieben auch dem illegalen Treiben auf Online-Handelsplattformen im Darknet einen Riegel vor. Das Betreiben solcher Plattformen ist künftig strafbar. Wer kriminellen Wege zur Begehung weiterer Straftaten bietet, muss sich selbst verantworten!

Cyberstalking hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Deshalb haben wir den Straftatbestand der Nachstellung um typische Handlungen im Internet ergänzt und diese damit explizit verboten.

Viele Stalking-Opfer litten in der Vergangenheit unter den hohen Hürden der Verfolgbarkeit.

Wir wollen die strafrechtliche Verfolgung erleichtern und mit der Strafraumverschärfung nun auch die richterliche Anordnung der Untersuchungshaft für Beschuldigte ermöglichen.



© RS / pixelio.de

## Kein deutscher Pass bei importiertem Antisemitismus

Klare Absage an importierten Antisemitismus: Nach den unerträglichen antisemitischen Demonstrationen, die wir im Mai erlebt haben, haben wir in der Koalition durchgesetzt: Wer antisemitische Straftaten begeht, darf kein deutscher Staatsbürger werden.

Wer antisemitische Strafhandlungen begeht, verliert seine Möglichkeit auf Erlangung einer deutschen Staatsangehörigkeit. Das hat der Bundestag letzte Woche beschlossen. Dafür haben wir uns als CSU im Bundestag besonders eingesetzt. „Antisemitismus ist künftig Anlass für die Versagung einer Einbürgerung.“

Das ist ein klares Signal: Wir dulden keinen Antisemitismus in Deutschland – auch gerade keinen eingewanderten Antisemitismus. Mit der Neuregelung wird es bei „menschenverachtend motivierten Straftaten“, wie es im Gesetz heißt, künftig keine „Bagatelengrenze“ geben. Richtig so!

Der Schutz des Existenzrechts Israels und der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland haben für uns oberste Priorität. Wer das nicht teilt, hat in Deutschland keinen Platz!



Ausgabe 6 / 2021

## Späteres Renteneintrittsalter lehnen wir ab!

Es machen mal wieder Überlegungen die Runde, das Renteneintrittsalter zu erhöhen - dieses Mal auf 68 Jahre. Für uns als CSU im Bundestag ist klar:

Wir brauchen keine Debatte über ein späteres Renteneintrittsalter, sondern über eine wirksame Reform!

Wir als CSU im Bundestag sind uns unserer Verantwortung bewusst. Aber eine Anhebung des Rentenalters ist nicht die Lösung, sondern eine gute Rente im Alter durch die Kombination einer Stabilisierung des Rentenniveaus und einer Stärkung der privaten Vorsorge.

Diese grundsätzliche und strukturelle Frage des Rentensystems kann nicht mit der immer gleichen Forderung nach einer Erhöhung des Eintrittsalters beantwortet werden. Das ist Herumdoktern an den Symptomen. Unser übergeordnetes Ziel ist es, den Generationenkonflikt in der Rente zu lösen.

Die Kombination einer Stabilisierung des Rentenniveaus und eine Stärkung der privaten Vorsorge sind dafür entscheidend. Wir wollen beim Thema Rente die junge und die ältere Generation gleichermaßen ansprechen.

Altersvorsorge geht alle an!

## Recht auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler kommt!

Bei Kindergartenkindern gibt es bereits ein Recht auf Ganztagsbetreuung. Das weiten wir jetzt auch auf Grundschüler aus.

Das hat der Bundestag in seiner letzten Sitzungswache beschlossen.

Das Recht auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter soll zum 1. August 2026 in Kraft treten.

Der Rechtsanspruch soll zunächst für Grundschulkinder der ersten Klassenstufe gelten und in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet werden. Ab dem 1. August 2029 soll dann jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung haben. Der Bund will dafür 3,5 Milliarden Euro Investitionsmittel bereitstellen.

So werden nicht nur Eltern entlastet, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind brauchen, sondern ländliche Regionen werden durch das Betreuungsangebot als Wirtschaftsstandorte attraktiver.



## Neue Förderrichtlinie des Bundes Christian Schmidt MdB: „Mehr Luftfilter für Kitas und Grundschulen“

„Unzureichend belüftete Räume sind eine Ursache für Corona-Infektionen. Deshalb weitet auch der Bund die Förderung für Luftfilteranlagen (stationäre raumluft-technische (RLT-)Anlagen) aus und ermöglicht ab sofort die finanzielle Unterstützung für den Einbau von neuen Anlagen in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren“, betont Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. Dazu gehörten insbesondere Kitas, Grundschulen, Horte und Kindertagespflegestellen in öffentlicher oder freier Trägerschaft. „Das kommt der Zielsetzung zugute, um endlich auch die Schulen und Kitas auszurüsten.“

Es sei wichtig, jetzt zu handeln, damit in den Sommerferien möglichst viele Klassenräume umgerüstet werden können. „So leisten wir einen zusätzlichen Beitrag zur Pandemiebekämpfung“, so Schmidt. „Es soll nicht sein, dass unser hochentwickeltes Technologie-land an solchen Aufgaben hängenbleibt. Bitte helft alle zusammen. Geld ist da!“

Gefördert werde der Einbau von neuen stationären RLT-Anlagen in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren. Daneben werden über das Programm - wie bisher - Investitionen in die Um- und Aufrüstung stationärer RLT-Anlagen unterstützt. „Insgesamt können mit dem Förderprogramm entweder bis zu 30.000

Räume erstmalig mit Neuanlagen versorgt oder bis zu 10.000 Um- und Aufrüstungen von vorhandenen stationären RLT-Anlagen gefördert werden“, freut sich der Bundestagsabgeordnete.

Bis zu 80 Prozent der förderfähigen Ausgaben könnten gefördert werden, d.h. die in der Richtlinie für eine Um- und Aufrüstung einer bestehenden bzw. den Einbau einer neuen Anlage als notwendig festgelegten Investitionen. Die maximale Förderung bei einem Neueinbau betrage 500.000 Euro pro RLT-Anlage. Die Um- und Aufrüstung bereits bestehender stationärer RLT-Anlagen sei auf 200.000 Euro pro RLT-Anlage begrenzt.

Für die Durchführung des Förderprogramms ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, BAFA, zuständig.

Nähere Informationen und die konkreten Förderbedingungen sind einsehbar unter:

[https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Raumlufttechnische\\_Anlagen\\_neu/raumlufttechnische\\_anlagen\\_node.htm](https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Raumlufttechnische_Anlagen_neu/raumlufttechnische_anlagen_node.htm)







## Erfolge der Unionsfraktion

In den letzten vier Jahren haben wir im Bundestag viele wichtige Vorhaben abgeschlossen, die den Alltag der Menschen verbessern und Deutschland stärken. Die Berliner Koalition hat also geliefert. Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen:

Die Corona-Pandemie hat uns vor enorme Herausforderungen gestellt. Täglich standen tausende Leben auf dem Spiel. Den Kliniken drohte die akute Überlastung. Deshalb haben wir mit den Änderungen am Infektionsschutzgesetz bundesweit einheitliche Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus beschlossen. Wir machten den Weg dafür frei, die Impfstoffentwicklung mit zusätzlichen 750 Mio. Euro erfolgreich voranzutreiben. Mittlerweile haben wir neun Milliarden Euro für die Beschaffung von Impfstoffen bereitgestellt. Mit den Corona-Wirtschaftshilfen haben wir unsere Unternehmen in schwerer Zeit stabilisiert, Arbeitsplätze gesichert und die Substanz unserer Wirtschaft erhalten. Allein zwischen März 2020 und Mai 2021 sind über 100 Mrd. Euro an Corona-Wirtschaftshilfen geflossen.

Ein Fokus unserer Arbeit lag und liegt auf Familien, Kindern und jungen Menschen. Mit dem Familienentlastungsgesetz haben wir für eine spürbare Erhöhung des Kindergeldes gesorgt. Auch der Kinderfreibetrag in der Einkommenssteuer sowie der Grundfreibetrag wurden deutlich erhöht. Unter Regierungsverantwortung der Union hat der Bund auch die Kinderbetreuung quantitativ wie qualitativ ausgebaut. Seit 2008 wurden insgesamt mehr als 20 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Familien brauchen Verlässlichkeit. Daher haben wir ab 2026 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter auf den Weg gebracht. Nicht zuletzt sollen unsere Kinder und Jugendlichen nach der Corona-Pandemie mit



dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ die bestmöglichen Chancen auf gute Bildung und persönliche Entwicklung erhalten.

Auch im Bereich Rente, Pflege und Gesundheitsversorgung haben wir Vieles umgesetzt. Mit der neuen Grundrente sorgen wir dafür, dass Menschen, die lange in die Rentenkasse gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, künftig finanziell bessergestellt sind als Personen, die nicht oder nur kurz in das

Rentensystem eingezahlt haben. Die Pflegereform sieht flächendeckend gute Löhne für Pflegekräfte und finanzielle Entlastung für Pflegebedürftige vor, die im Heim untergebracht sind. Und mit dem „Krankenhauszukunftsgesetz“ werden Krankenhäuser mit drei Mrd. Euro unterstützt, damit sie in moderne Notfallkapazitäten und in die Digitalisierung investieren können. Ziel ist, die medizinische Versorgung zu verbessern und die hohe Versorgungsqualität langfristig sicherzustellen.

Mit dem Klimaschutzgesetz sorgen wir dafür, dass Deutschland bis 2045 stufenweise klimaneutral werden soll. Das sieht das neue Klimaschutzgesetz vor. Die Förderungen der Erneuerbaren Energien, der Ausbau der Elektromobilität oder die neue Wasserstoffstrategie für Deutschland, mit der der sog. Grüne Wasserstoff marktfähig gemacht werden soll, sind nur einige der beschlossenen Maßnahmen, die unser Klima und die Umwelt nachhaltig verbessern werden.

Der Umgang mit der Corona-Krise hat gezeigt, dass unser gesamtes Staatswesen einfacher, agiler und digitaler werden muss. Als eine der führenden Industrienationen ist es der Anspruch an uns selbst, unseren Staat auf der Höhe der Zeit zu halten.

## Parlamentarisches Patentschaftsprogramm - Jetzt bewerben!

Seit über 30 Jahren fördert der Deutsche Bundestag gemeinsam mit dem US-Kongress den Jugendaustausch zwischen Deutschland und den USA. Im Rahmen des Parlamentarischen Patentschafts-Programms (PPP) erhalten Jugendliche Vollstipendien für ein Austauschjahr im jeweils anderen Land. Bundestags- und Kongressabgeordnete engagieren sich als Paten für die jungen „Kultur-Botschafter“. Auch Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB, selbst jahrelang Pate, ruft wieder Jugendliche aus seinem Wahlkreis auf, sich am transatlantischen Austausch zu beteiligen.

### Noch bis 10. September für ein Austausch-Stipendium bewerben

Ab sofort können sich Jugendliche um eines der Stipendien für das Austauschjahr 2022/23 in den USA bewerben. Bewerbungsschluss ist der 10. September 2021. „Während ihres Aufenthaltes in den USA leben die Jugendlichen in einer Gastfamilie und besuchen eine Schule vor Ort. So tauchen sie vollständig in die amerikanische Kultur und den dortigen Alltag ein. Das ist eine einmalige Chance“, betont Schmidt.

Die PPP-Stipendien sind Vollstipendien, die den kompletten Kostenbeitrag für das Austauschjahr abdecken – inklusive Reise, Versicherung, Organisation und Betreuung. Die Bewerbung ist direkt über die Website des Bundestags möglich: [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp)

Parallel werden im Wahlkreis Fürth auch Gastfamilien gesucht, die zeitgleich, also ab August/September 2022, einen der US-amerikanischen PPP-Stipendiaten für ein Schuljahr bei sich aufnehmen möchten. „Gastfamilien haben die Möglichkeit, ein Austauschjahr im eigenen Zuhause zu erleben“, so Christian Schmidt. „Sie ermöglichen einem jungen Menschen aus einem anderen Land eine einmalige Erfahrung und gewinnen selbst ein internationales Familienmitglied hinzu.“

Interessierte Familien können sich direkt bei der für den Wahlkreis zuständigen Austauschorganisation Youth For Understanding (YFU) melden:

Telefonisch unter 040 2270020 oder per E-Mail an [gastfamilienmeldung@yfu.de](mailto:gastfamilienmeldung@yfu.de)



Ausgabe 6 / 2021

## EU-Projekttag 2021 - Schmidt besucht Georg-Wilhelm-Steller Gymnasium Bad Windsheim

Im Rahmen des EU-Projekttags an deutschen Schulen hat Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB am Montag, den 14.6.21, das Georg-Wilhelm-Steller-Gymnasium besucht und mit den beiden 10. Klassen über das Thema Europa diskutiert. Für Schmidt erwies sich der Besuch in mehrfacher Hinsicht als ein Heimspiel: So stammt er gebürtig aus Obernzenn und legte am Steller-Gymnasium sein Abitur ab. Deshalb begrüßte er die anwesenden Klassen mit „Liebe Mitschülerinnen und Mitschüler“ und es gelang ihm auch auf diese Weise schnell, das Eis zu brechen und mit den Schülern ins Gespräch zu kommen. In seinem einleitenden Referat wurden z.B. die Gründung und Erweiterung der EU und ihrer Vorläuferorganisationen als Reaktion auf und gegen die Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts ebenso anschaulich geschildert wie auch aktuelle Krisenphänomene, wie zum Beispiel der Brexit oder die Situation im früheren Jugoslawien, in den Blick genommen wurden. Sorgen um den Fortbestand der EU macht Schmidt sich trotz gelegentlicher Rückschläge im Einigungsprozess nicht: „Gäbe es die EU nicht, müsste man sie unbedingt erfinden- schon aus Eigeninteresse“, so der Politiker.



Nicht nur zahlreiche Informationen zur jüngeren Geschichte und Gegenwart Europas und der EU wusste Schmidt zusammen mit der einen oder anderen Anekdote („Nutella-Krise“) zu berichten. Die Schüler stellten ihm auch Fragen nach dem Tagesablauf eines Bundestagsabgeordneten, und sie erkundigten sich nach Möglichkeiten eines eigenen gesellschaftlichen Engagements - ausgehend auch von Schmidts Tätigkeit in der SMV des GWSG und als Schüler-sprecher.

Angesprochen auf zukünftige Projekte und Wirkungsstätten berichtete Schmidt, dass er sich nicht erneut um das Bundestagsmandat bewirbt, sondern Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina wird. Immer wieder beleuchtete der Abgeordnete mit den Schülern gemeinsam, wie Europa in ihrer Lebenswelt erfahrbar wird, sei es beim Frankreichaustausch, bei Reisen, beim Erlernen einer Fremdsprache.

Insgesamt erlebten die Schüler interessante und anregende 90 Minuten, in denen ihnen die Aktualität von Geschichte zum Verständnis der Gegenwart nahegebracht wurde durch einen Politiker, der seine Zeit am Steller-Gymnasium in höchst lebendiger Erinnerung hat und auch dadurch sehr leicht Zugang zu seinem Auditorium fand.

Text und Fotos: GWS

## Kinderbetreuungsfinanzierung Schmidt MdB und Herold MdL: „Fertigstellungsfrist für Kindertageseinrichtungen verlängert“

„Bund und Länder haben sich mit mehreren Sonderinvestitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ besonders stark dafür verwendet, dass Kindertageseinrichtungen verstärkt finanziert und schneller gebaut werden können“, betonten Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB und Landtagsabgeordneter Hans Herold.

„Der Bedarf ist sehr groß, eine gemeinsame Anstrengung nötig. Leider sind auch diese Maßnahmen durch die Corona-Pandemie, durch Lieferengpässe und Bauverzögerungen häufig verspätet, so dass manche Städte und Gemeinden, auch in den Landkreisen Neustadt/Aisch-Bad Windsheim und Fürth in die Gefahr geraten, die Fertigstellungsfristen, um die Bundeszuschüsse zu erhalten, nicht eingehalten werden können“, so Schmidt und Herold weiter.

„Deshalb hat der Bundestag auf Antrag der Bundesregierung nun das Gesetz für diese Kindertagesstätteninvestitionspro-

gramme geändert und für das 4. Programm die Fertigstellungsfrist vom 30. Juni 2022 auf den 30. Juni 2023 und Abrechnungen vom 31. Dezember 2022 auf den 31. Dezember 2023 verlegt“, berichtet Schmidt.

„Damit ist nach unserer Erwartung für viele Kommunen die notwendige Luft geschaffen worden, um zügig, aber auch solide die Baumaßnahmen zu Ende führen zu können.“ Christian Schmidt MdB und Hans Herold MdL freuen sich sehr, dass sie einen Beitrag dazu leisten konnten, dass diese gesetzliche Regelung nun im Sinne der Kinder und der Familien geändert worden ist.

Zudem wird auch die im Gute Kita-Gesetz vereinbarte Qualitätssicherung und -verbesserung der Kinderbetreuung mit gemeinsamen Mitteln, Initiativen und Unterstützung von Bund und Freistaat Bayern fortgeführt.





## „Bahn-Haltepunkt Fürth-Klinikum soll bis Mitte 2022 in Betrieb gehen“

„Bis Mitte 2022 soll nach Angaben der Deutschen Bahn AG der Haltepunkt Fürth-Klinikum in Betrieb gehen“, berichtet Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. „Wichtig ist dafür insbesondere, dass ein Fahrstuhl eingebracht, ein neuer barrierefreier Zugang geschaffen wird und die notwendigen weiteren Arbeiten einschließlich des Gleisbaus nun bald beginnen“, so Schmidt weiter. „Ich freue mich, denn das ist ein weiterer Beitrag zur Verbesserung des S-Bahnverkehrs in Fürth.“ Mit Fertigstellung der Gleisanlagen und dem Haltepunkt sollen dann

schon im nächsten Jahr statt bisher zwei, zukünftig jeweils drei S-Bahnzüge in beide Richtungen Erlangen bzw. Nürnberg fahren. Bereits in der Vergangenheit hat er sich mit Nachdruck für den Haltepunkt Fürth-Klinikum und weitere Maßnahmen wie den barrierefreien Umbau der Bahnhöfe und den S-Bahn-Ausbau Nürnberg – Bamberg eingesetzt. Bauliche Verzögerungen wurden von ihm angemahnt und die Beschleunigung der Entscheidungen ausdrücklich eingefordert. „Ich werde das Projekt weiterhin beobachten und unterstützen“, betont Schmidt.

## Bahn-Haltepunkt Langenfeld

„Seit Jahren setze ich mich für eine Wiedereröffnung des Bahnhaltepunktes in Langenfeld ein“, betont Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB. Bisher war ein umsetzbares Konzept auch im Hinblick auf die Untersuchungen der Zugbelastung der Strecke und dem Ziel, die Zugfrequenz bis hin zu einem S-Bahn-vergleichbaren Verkehr Richtung Markt Bibart auszudehnen, nicht vorgelegen.

„Die Untersuchung des betreffenden Bahnkorridors muss aber meines Erachtens sowieso aktualisiert werden, nachdem das Konzept des Deutschlandtakts für den ICE-Verkehr höhere und

schnellere Frequenzen gerade auch für die Strecke Würzburg-Nürnberg verlangt“, so Schmidt.

„Zudem stehen wir sehr nahe vor einer Planungs- und Bauentscheidung für ein Entlastungsgleis für den Regionalverkehr auf der Strecke Siegersdorf-Fürth.“ Wenn der Freistaat Bayern überlege, für Langenfeld einen Haltepunkt für den Nahverkehr bei der DB zu „bestellen“, dann hätte diese aktualisierte Planung eine Schlüsselrolle.

„Gerne bin ich bereit, die Rahmenbedingungen gemeinsam mit Bahn, Freistaat, Kommunen und Bund zu erörtern.“

## Live-Videoschalte mit Henry Kissinger - Symposium aus Anlass seines 98. Geburtstags



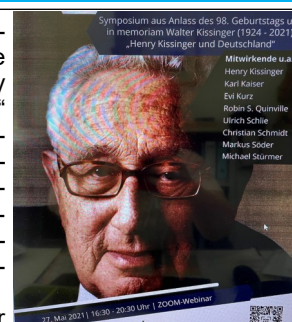
Foto: Thomas Scherer

Aus Anlass des 98. Geburtstags von Dr. Henry Kissinger hatte die Deutsche Atlantische Gesellschaft, (DAG), die Henry-Kissinger-Professur für Sicherheits- und Strategieforschung am Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies (CASSIS) der Rheinischen

Kissingers Lebenswerk dar. Der eindrucksvolle Dokumentarfilm „Die Kissinger-Saga. Walter und Henry Kissinger – Zwei Brüder aus Fürth“ der TV-Journalistin und Filmemacherin Evi Kurz betonte die enge Verbundenheit Kissingers zu seiner Heimatstadt. Film und Symposium waren zugleich eine Hommage an Kissingers vor wenigen Monaten verstorbenen Bruder Walter.

Höhepunkt der Veranstaltung war das biografisch ausgerichtete persönliche Gespräch Henry Kissingers mit Prof. Karl Kaiser und Dr. Theo Sommer. Kissinger führte die Unterhaltung mit großer Gelassenheit und offerierte scharfsinnige Zukunftsprognosen in einer Welt, die vom unaufhaltsamen Fortschritt der Technologien und den Herausforderungen der Globalisierung geprägt ist. Zu diesen relevanten Themen wünschte er dem/der kommenden Kanzler/Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ab September „best of luck“ und betonte zum Schluss erneut die Wichtigkeit freundschaftlicher Zusammenarbeit demokratischer Staaten, die für ihn das „fulfillment“ seines Lebenswerkes sei. Den Filmbeitrag finden Sie unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=XCzBI7YJ32Y>



Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und das Ludwig Erhard Zentrum (LEZ) in Fürth am 27. Mai 2021 zu einem Symposium zum Thema „Begegnungen mit Henry Kissinger“ eingeladen. Henry Kissinger wurde live dazu geschaltet. Christian Schmidt MdB, Präsident der DAG, hielt die Eröffnungsrede.

Aufgrund seiner Biografie - von seinen fränkischen Wurzeln, der von den Nationalsozialisten erzwungenen Emigration seiner Familie im Jahr 1938 und der steilen Karriere in den Vereinigten Staaten, zuerst als Harvard-Professor, dann als Nationaler Sicherheitsberater und später als US-Außenminister – steht Henry Kissinger wie kaum ein Zweiter für die historischen Fährnisse des 20. Jahrhunderts.

Weggefährten, Zeithistoriker, Journalisten und Politologen haben die vielfältigen Bezüge Kissingers zu Deutschland ins Zentrum ihres Austauschs gestellt. Dabei wurden seine Rolle als Partner der Bundesregierungen seit den 1960er Jahren und sein großer Einfluss auf die europäisch-amerikanischen Beziehungen gewürdigt. Einen weiteren Schwerpunkt stellten Betrachtungen zum Verhältnis zwischen Geschichte und Politik in

### IMPRESSUM

Hrsg.: Christian Schmidt MdB,  
CSU im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71630  
Fax: 030 / 227 76962  
E-Mail:  
christian.schmidt@bundestag.de

Bild: Thomas Lothar (Seite 1)